

«Ich bin stolz

auf die Leistungen der bundesnahen Unternehmen»

Für Bundesrätin Doris Leuthard ist die Grundversorgung in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Post und Telekommunikation ausgezeichnet. Die Volksinitiative «ProServicePublic» sei daher unnötig und würde sich gar kontraproduktiv auswirken. Denn mit seinen Vorschriften zu Gewinnen und Löhnen schade das Begehren der Post, der Swisscom und der SBB – sagt die UVEK-Vorsteherin im Interview mit «Montagna».

Vincent Gillioz, SAB, 3001 Bern



Bundesrätin Doris Leuthard

Am 5. Juni werden wir über die Initiative «ProServicePublic» abstimmen. Befürchten Sie, dass einige Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem Titel Glauben schenken und sich durch die Initiative einen besseren Service public erhoffen?

Der Titel hält nicht, was er verspricht. Wir verfügen heute über einen sehr guten Service public. Würde die Initiative angenommen, würde er geschwächt. Aber ohne Service public wäre die Schweiz ein Stück ärmer; der Zusammenhalt aller Landesteile wäre bedroht.

Trotzdem behaupten die Initianten, ihr Hauptanliegen sei die Verbesse-

rung des Service publics in der Schweiz. Dieses Ziel wäre ja tatsächlich erstrebenswert, oder nicht?

Die Initianten suggerieren, der Service public sei schlecht. Dabei erbringen SBB, Post und Swisscom zuverlässige und solide Leistungen zu fairen Preisen – denken wir etwa im Verkehrsbereich an den Stundentakt, die Abdeckung mit Postautokursen bis in entlegene Täler oder an den Internetanschluss bis in jede SAC-Hütte. Unsere Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen kommen in den Genuss einer Grundversorgung, wie sie kaum ein anderes Land bietet. Das trägt zur hohen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz bei, wie verschiedene Rankings immer wieder belegen.

Die Initiative verlangt, dass die bundesnahen Service Public Betriebe keine Gewinne mehr an den Bund abgeben müssen. Dieses Geld soll, gemäss den Initianten, vollumfänglich in die Verbesserung der Grundversorgungsdienstleistungen reinvestiert werden. Was halten Sie von dieser Argumentation?

Auch in diesem Punkt argumentieren die Initianten an der Realität vorbei. Die Unternehmen setzen ihre Gewinne sehr wohl für den Service public ein. Sie investieren laufend in neue Produkte und Technologien, um den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden noch besser Rechnung zu tragen. So hat die Post ihre elektronischen Dienstleistungen in den letzten Jahren massiv ausgebaut. Heute kann der Kunde zum

Beispiel wählen, ob er Briefe physisch oder als e-mail erhalten will. Swisscom und die Post stehen zudem in Konkurrenz zu anderen Unternehmen – um sich zu behaupten, müssen sie permanent innovativ sein und investieren. Dafür brauchen sie aber Gewinne.

Können die betroffenen Unternehmen im Rahmen dieser Initiative überhaupt noch ihren Auftrag wahrnehmen und nachhaltig wirtschaften?

Die Initiative würde mit ihren Vorgaben die Unternehmen in ein Korsett zwingen. Die Folge wäre Stillstand. Es würde der Anreiz fehlen, die Dienstleistungen der Grundversorgung effizient zu erbringen. Der Bundesrat aber will innovative und kreative Unternehmen, die ihre Dienste mit neusten Technologien kostengünstig und nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger anbieten. Diese Vorgabe legt der Bundesrat mit den so genannten strategischen Zielen fest.

Was ist der Vorteil von Quersubventionierungen auf Bundesebene – eine Praxis die gemäss den Initianten verboten werden sollte?

Es ist üblich, dass wenig rentable Bereiche der Grundversorgung über die Gewinne aus anderen Bereichen finanziert werden. Dadurch ermöglichen wir einheitliche Preise – zum Beispiel bei der Post: Ein Brief von Bümpliz ins Berner Länggass-Quartier kostet gleich viel wie ein Brief von Genf nach Poschiavo. Anders

«Unsere Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen kommen in den Genuss einer Grundversorgung, wie sie kaum ein anderes Land bietet.» (© Die Post)



gesagt: Der Gedanke des Service public basiert auf Ausgleich und Solidarität. Mit ihrem Angriff auf die Querfinanzierung untergraben die Initianten diese Werte.

Was wären die Konsequenzen bei Initiativannahme? Wie könnte der Bund die ausfallenden Quersubventionierungen kompensieren, um weiterhin eine gute Grundversorgung zu garantieren?

Würden die Unternehmen bei der Grundversorgung keine Gewinne mehr an den Bund ausschütten, müssten die Ausfälle mit Steuererhöhungen oder einem Leistungsabbau kompensiert werden. Beides ist nicht erwünscht und schlecht für die Bürger. Halten wir uns die Zahlen vor Augen: Swisscom, Post und SBB haben 2014 rund 500 Millionen Franken Gewinnsteuern bezahlt. Zudem hat der Bund von Swisscom und Post als Aktionär Dividenden im Umfang von 780 Millionen Franken erhalten. Diese Erträge fliessen heute in den öffentlichen Haushalt und werden für wichtige Aufgaben eingesetzt. Die Initianten nehmen in Kauf, dass diese Einnahmen rückläufig sind.

Wird es auch bei Kantonen und Gemeinden zu Einnahmeausfällen kommen?

Es ist davon auszugehen, dass auch

die Kantone Einbussen bei den Gewinnsteuern hinnehmen müssten.

Gemäss den Initianten verdienen gewisse Kader von Service public Unternehmen drei Mal so viel wie ein Bundesrat. Sind Sie der Meinung dass diese Löhne angemessen sind?

Ich vergleiche meinen Lohn nicht mit dem Lohn eines Chefs dieser Unternehmen. Wir erfüllen ja unterschiedliche Aufgaben. Seien wir uns bewusst: Die Initiative betrifft nicht nur CEO, sondern sämtliche Angestellten der Service Public-Unternehmen. Diese stehen auf dem Arbeitsmarkt in Konkurrenz um die besten Fach- und Führungskräfte. Die Löhne orientieren sich an der jeweiligen Branche im In- und Ausland. Müssten die Unternehmen die Lohnvorschriften der Initiative befolgen, müssten sie ihr gesamtes Lohngefüge an das der Bundesverwaltung anpassen. Damit hätten sie viel mehr Mühe, die Spezialisten zu rekrutieren, auf die sie angewiesen sind – denken wir etwa an Bankfachleute oder Software-Entwickler. Darunter würde die Qualität des Service Public auf lange Sicht leiden.

Vermuten Sie, dass gewisse Regionen stärker unter einer Annahme der Initiative leiden werden als andere Regionen?

Zumindest würde es für die Unternehmen, welche die Grundversorgung erbringen, aus den erwähnten Gründen nicht einfacher, alle Regionen gleich gut zu versorgen. Dieser Grundsatz ist aber mit der geltenden Gesetzeslage garantiert. Der Anreiz, sich vor allem auf das zu konzentrieren, das profitabel ist, wäre mit einem Ja zur Initiative grösser.

Stellt die Initiative die flächendeckende Grundversorgung, welche in gleicher Qualität und zu erschwinglichem Preis jeder Bürgerin und jedem Bürger zur Verfügung steht, in Frage?

Ich warne davor, die Folgen einer Annahme dieser Initiative zu unterschätzen. Gerade weil der Service public ein Markenzeichen unseres Landes ist, müssen wir ihm Sorge tragen. Diese Aufgabe nehmen die Unternehmen und die Politik verantwortungsvoll wahr. Verbesserungen und Anpassungen sind stete Aufgaben.

Die Initianten behaupten, dass die Gewinne der bundesnahen Betriebe stetig ansteigen während die Qualität der Dienstleistungen ständig abnimmt. Was halten Sie von dieser Aussage?

Ich bin stolz auf die Leistungen der bundesnahen Unternehmen und bedaure, dass die Initianten das hohe



Niveau dieser Arbeit nicht anerkennen. Selbstverständlich kann der Service public immer noch besser werden – der Bundesrat erwartet ja auch, dass Swisscom, Post und SBB ihre Dienstleistungen stetig zugunsten der Bedürfnisse der Bevölkerung weiterentwickeln. Aber dafür benötigen sie Freiraum und finanzielle Mittel, die ihnen die Initiative wegnehmen würde.

RÉSUMÉ

« Je suis fier du service public fourni en Suisse »

Pour la Conseillère fédérale Doris Leuthard, en charge du Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (DETEC), le service public est globalement performant et de bonne qualité. Il est certes toujours possible d'améliorer les prestations fournies. Mais dans ce cas il faut que les entreprises concernées puissent disposer d'une marge de manœuvre leur permettant de s'adapter aux évolutions du marché. En empêchant les financements croisés, en interdisant aux anciennes régies fédérales (CFF, Poste, Swisscom) de réaliser des bénéfices ou en réduisant les sa-

lares des employés de ces sociétés, l'initiative « ProServicePublic » s'oppose à cette évolution. Au niveau des caisses fédérales, le manque à gagner résultant de l'application de cette initiative se monterait à quelque 500 millions de francs par an. Cette perte devrait être compensée soit par une augmentation d'impôt, soit par une baisse des prestations. De plus, en tant qu'actionnaire d'entreprises fournissant des prestations de service universel, la Confédération devrait annuellement renoncer à quelque 780 millions de francs de dividendes. Une telle évolution financière aurait certainement des répercussions sur les cantons et les communes. Finalement, en remettant en cause le modèle suisse, Doris Leuthard estime que cette initiative est une menace pour la cohésion, ainsi que pour la compétitivité du pays.

RIASSUNTO

«Sono fiero del servizio pubblico fornito in Svizzera»

Per la Consigliera federale Doris Leuthard, responsabile del Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia e delle comunicazioni (DATEC), il servizio pubbli-

co è generalmente efficiente e di buona qualità. Certamente è sempre possibile migliorare le prestazioni fornite. Ma in questo caso bisogna che le imprese interessate possano disporre di un margine di manovra che permetta loro di adattarsi all'evoluzione del mercato. L'iniziativa «A favore del servizio pubblico» si oppone a questi cambiamenti impedendo i finanziamenti trasversali, vietando alle ex-regie federali (FFS, Posta, Swisscom) di fare profitti o riducendo i salari degli impiegati di queste società. A livello delle casse federali, il mancato guadagno che potrebbe derivare dall'applicazione di questa iniziativa ammonterebbe a circa 500 milioni di franchi l'anno. Questa perdita dovrebbe essere compensata sia da un aumento delle imposte, sia da una riduzione delle prestazioni. Inoltre, come azionisti d'impresе che forniscono delle prestazioni del servizio universale, la Confederazione dovrebbe rinunciare annualmente a circa 780 milioni di franchi di dividendi. Un'evoluzione finanziaria di questo tipo avrebbe certamente delle ripercussioni sui cantoni e sui comuni. Infine, rimettendo in causa il modello svizzero, Doris Leuthard stima che questa iniziativa sia una minaccia per la coesione, oltre che per la competitività del paese.